Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 201 (1922)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1920/21
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-374641

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1920/21.

Das abgelaufene Jahr bedeutet namentlich in wirtschaftlicher Beziehung ein Krisenjahr. Obwohl es im Zeichen der internationalen Konferenzen über die brennendsten Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Valutanöten gestanden hatte, so konnten diese doch die schwierigen Verhältnisse von heutzutage nicht wegzaubern, und brachten den bedrängten Völkern keine große Hilfe.

So lange die politischen Verhältnisse im Osten und im Westen immer noch so unsichere und gespannte sind, und der Friede in Europa nicht hergestellt ist, kann an eine Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der Völker untereinander nicht gedacht werden. Darunter leidet die gesamte Weltwirtschaft. Die Folgen hat auch unser Land in den letzten Monaten des Jahres 1920 stark zu spüren bekommen Unser wirtschaftliches Wohlbefinden ist enge verknüpft mit dem Schicksal unserer großen Exportindustrien, deren guter Gang seit einigen Jahren uns in eine trügerische Sicherheit gewiegt hat. Man übersah nur zu gerne, daß die Kriegsjahre und die auf sie folgende erste Uebergangszeit zu einer ungesunden und gefährlichen Höhe aller Weltmarktpreise emporgeführt hatten, zu Spannungen und spekulativen Uebertreibungen, die eine kräftige Reaktion fast mit Sicherheit erwarten ließen. In den letzten 3 Monaten von 1920 ist diese Befürchtung schnell zur Tatsache geworden.

Schwer betroffen sind von der wirtschaftlichen Weltkrisis vor allem unsere großen schweizerischen (Luxus industrien der Seiden-, der Stickerei- und der Uhrenbranche. Von der großen Arbeitslosigkeit, die jetzt auf diesen Gebieten unserer nationalen Produktion an der Tagesordnung ist, sind aber auch andere wichtige Industriezweige nicht verschont geblieben. Die Textilindustrie als Ganzes leidet ebenfalls schwer unter dem Mangel an Beschäftigung und große Unternehmungen der für den Export arbeitenden Maschinen sehen sich gezwungen, die Arbeitszeit erheblich zu reduzieren. Es fehlt auch fast allen übrigen Industrien an der gewohnten Absatzgelegenheit. Andererseits wird unser eigener inländischer Markt ernstlich gefährdet durch die trostlose Entwertung der fremden Valuten. Unser Land wird in zunehmendem Maße überschwemmt mit Erzeugnissen des Auslandes zu Preisen, mit denen wir bei den hohen Löhnen und Gestehungskosten den Vergleich nicht aushalten können. Man will die Gefahr beschwichtigen mit Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen.

Der hohe Stand unserer Landeswährung, die im Vergleich zum Ausland bedeutend höher stehenden Löhne, dazu die Verkürzung der Arbeitszeit, der keine entsprechende Arbeitsleistung als Kompensation gegenübersteht, alle diese Ursachen machten viele unserer Industrien im Ausland konkurrenzunfähig und führten so zur Einschränkung und Einstellung zahlreicher Betriebe und damit zur Arbeitslosigkeit. Die Situation ist daher äußerst kritisch. Gelingt es nicht, die Produktionskosten unserer einheimischen Industrie beträchtlich herunterzuschrauben, so wird manches Unternehmen liquidieren müssen, oder wenn es dieser Eventualität entgehen will, wird es genötigt sein, auf ausländischen Boden auszuwandern. Auch vom sozialen Standpunkt aus wirkt es geradezu beängstigend, mit welcher Rapidität die Arbeitslosigkeit um sich greift. Solche Zustände zehren immer am Mark eines Landes, indem die arbeitslosen Leute doch ernährt werden müssen und dafür keine Gegenwerte entstehen. Die Verkaufsmöglichkeiten des schweizerischen Kaufmanns sind heute äußerst minim. Es rentieren sich für Käufer aus Ländern mit minderwertiger Valuta Ankäufe in der Schweiz nur noch bei qualifizierten Waren, und diese werden sie sich in der Regel nicht mehr leisten können, da es meist Luxuswaren sind (Stickereien, Uhren). Am 23. Mai 1921 wurden vom eidg Arbeitsamt 146,143 Arbeitslosefälle gemeldet, wovon 52,377 gänzlich ohne Arbeit sind. Allein auf die Textilindustrie entfallen 50,205 Arbeitslose, also mehr als ein volles Drittel der Gesamtzahl. — Es ist auch vorderhand noch nicht abzusehen, wann die Schweiz aus diesem Zustand der Stagnation wieder wird heraustreten können, da der Krise nicht nur einzelne Industrien, sondern alle Betriebe unterworfen sind. Erst mit der Hebung der Konkurrenzfähigkeit der Schweiz und bei veränderten Verhältnissen im Ausland kann eine Besserung eintreten.

1920 exportierte die Schweiz für 3277 Millionen Franken gegenüber 3298 Millionen im Vorjahr. Wenn man bedenkt, daß die Preise von 1919 auf 1920 angezogen haben, so muß man aus den beiden Ziffern eine größere Rückentwicklung herauslesen, als es oberflächlich betrachtet den Anschein hat. Erst allmählich scheint sich ein gelinder Preisabbau anzubahnen, doch wird er durch das erschreckende Steigen der Steuern und der Mietzinse stark paralysiert. Obschon vielfach die Welthandelspreise schon bedeutend gefallen sind, so suchen doch die schweizerischen Zwischenhändler die Preise noch möglichst hoch zu halten, um ihre teuren Lager noch zu annehmbaren Bedingungen loszuwerden.

Die Lage der Fremdenindustrie hat sich noch nicht gebessert Neben die hohen Valuten traten noch vielfach zuweitgehende Polizeiformalitäten und dann auch die im Interesse der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche vorgenommenen Verkehrsbeschränkungen hinzu, die die fremden Gäste vom Besuch unseres Landes zurückhielten.

Für die Landwirtschaft war das Jahr 1920 ein verhältnismäßig günstiges Man erzielte ein schönes Ergebnis mit den Futtermitteln, sowohl im Emdertrag wie im Herbstgras. Ebenso sind die andern Bodenfrüchte gut gediehen, wenn auch der Körnerertrag durch die Rauheit des Erntewetters etwas beeinträchtigt worden ist. Der Ertrag war trotz der Reduktion der Anbaufläche ziemlich genau gleich groß wie im Vorjahr. Die Kartoffelernte war befriedigend. Ein sehr gutes Ergebnis zeitigte die Obsternte, namentlich mit den Aepfeln. Der Weinertrag ist durch Pilzkrankheiten etwas geschmälert worden. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte wurden teils durch den Bund, teils durch Bauern- und Händlervereinigungen hochgehalten, besonders inbezug auf Wein und Obst. Aber auch die Vieh- und Fleischpreise sind noch ziemlich hoch, was zum Teil auch dem Umstand zu verdanken ist, daß sehr wenig Vieh importiert wurde. In der Schweiz war durch die Maul- und Klauenseuche, die 1920 von neuem wieder ausgebrochen ist, Schlachtvieh genug vorhanden.

Natürlich hat die Maul- und Klauenseuche, die dann zwar im Laufe des Jahres zum Glück wieder abgeflaut ist, auch nachteilig auf den Milchertrag eingewirkt. Der Milchpreis fand dementsprechend im Sommer 1920 wieder eine Erhöhung. Neuerdings ist er wieder etwas abgeflaut.

Die Aufforderung zu vermehrtem Anbau von Getreide und Kartoffeln hat nur vorübergehend gewirkt. Mit dem Aufheben des Anbauzwanges ist auch der Getreidebau trotz der hohen Preisgarantie des Bundes zurückgegangen. Ob das Getreidemonopol weiter beibehalten wird, steht heute noch nicht fest und es fehlt nicht an Stimmen, die den Getreidehandel gerne verstaatlicht haben möchten, so namentlich die Bauern, aber aus Prinzip auch die Sozialdemokraten. Andere Kreise wiederum wehren sich dagegen, da der teuere Preis des Brotes auf diesem Weg sicher nicht herabgeschraubt werden könnte.

Auch die Lage des Kapitalmarktes läßt zu wünschen übrig. Die Nachfrage nach Geld und Kredit, die in der Hoffnung auf eine gute Geschäftskonjunktur zu Anfang 1920 noch ziemlich stark war, veranlaßte die Geldgeber zu vermehrter Zurückhaltung bei Krediterteilungen. Auf dem kurzfristigen Geldmarkte trat erst dann eine kleine Entspannung ein, als auf Ende des Jahres 1920 kein Zweifel mehr darüber bestehen konnte, daß sich der Preisabbau schließlich doch durchsetzen werde. In noch stärkerem Maße als auf dem kurzfristigen Geldmarkte machte sich auf dem langfristigen Geldmarkt eine steigende Versteifung geltend. Die größte Schuld an den für Anleihensaufnahmen stets ungünstigeren Bedingungen wird dem unaufhörlichen Rückfluß der in französischem Besitz befindlichen erstklassigen schweizerischen Titel zugeschrieben. Dieselben wurden an unsern schweizerischen Börsen zu mehr und mehr rückgängigen Preisen gehandelt und schufen damit eine ebenfalls entsprechend höhere Renditenbasis für alle diese Titelgattungen. Die Situation wurde dadurch verschärft, daß der Bund mit größern Beträgen an den schweizerischen Kapitalmarkt appellierte. Erst kamen die Bundesbahnen mit der Ausgabe von 5½ % Kassascheinen, dann der Bund, nachdem er im Juni zu teuren Bedingungen in Amerika ein Anleihen von 25 Millionen Dollars aufgenommen hatte, mit der Ausgabe von 6 % Kassascheinen auf 3 und 5 Jahre. Es wurden dabei für 222½ Millionen Franken dieser Scheine auf dem Weg der Konversion und Zeichnung untergebracht und dienten teils zur Rückzahlung der am 5. November fälligen Lebensmittelscheine, teils zur Deckung neuer Ausgaben. Um unter diesen Umständen noch Interesse für ihre Anleihen zu wecken, mußten Kantone und Gemeinden 6½ und 7 % Zins anbieten, und hatten damit nicht einmal durchwegs Erfolg. Für Anleihen industrieller Unternehmungen galten 7 % Zinsfuß sogar als Norm und oft ging man bis zu 8 %. Jetzt ist ein Sinken des Zinsfußes bemerkbar.

Während des letzten Jahres hat die Nationalbank ihren vom Vorjahr übernommenen Diskontosatz und Lombardsatz nicht verändert. Der Diskont betrug 5 %, der Lombardzinsfuß 6 %. In den vorangegangenen Jahren 1918 und 1919 betrug der Durchschnitt des schweiz. Diskontosatzes 5,32 % und 4,75 %.

Als Gründe der Kapitalknappheit kommen neben dem Rückstrom schweizerischer Effekten aus dem Ausland und der Inanspruchnahme von Zahlungsmitteln durch die verschiedenen Gemeindewesen noch die durch die Teuerung gehemmte Kapitalbildung sowie auch die z. T. recht namhaften Verluste an ausländischen Papieren in Betracht. Namentlich auf den deutschen Hypothekartiteln wurden ansehnliche Summen verloren, was auch verschiedenen schweizerischen Banken das Leben schwierig machte.

Die im September 1920 in Brüssel abgehaltene Finanzkonferenz endete mit einem recht magern Ergebnisse. Von einer künstlichen Sanierung der Kurse ist nicht viel zu erwarten.

Der Reingewinn, den die Nationalbank im Jahre 1920 aufzuweisen hatte, beträgt Fr. 11,420,225 und übersteigt denjenigen des Vorjahres um Fr. 3,976,689, wogegen die Abschreibungen, Reserven und Rückstellungen von total Fr. 6,345,250 um Fr. 2,061,955 hinter denjenigen des Jahres 1919 zurückblieben.

Die eidgenössische Staatsrechnung pro 1920 fand einen um 84 Millionen Fr. günstigeren Abschluß, als das Budget erwarten ließ, indem sie einerseits 64 Millionen Fr. mehr Einnahmen und 20 Millionen Fr. weniger Ausgaben aufzuweisen hat. Die Gesamteinnahmen der Verwaltungsrechnung betragen 343,556,351 Fr., die Gesamtausgaben 443,093,081 Fr. Es ist somit ein Ausgabenüberschuß von Fr. 99,536,730 Fr. vorhanden. Einen schönen Fortschritt haben die Zolleinnahmen gemacht, die pro 1920 98 Millionen Fr. betragen, gegenüber 67,6 Millionen Fr. im Jahre 1919.

Von den 2639 Millionen Fr. Aktiven waren 825 Millionen produktive und 1814 Millionen unproduktive Anlagen. Dieser letztere Posten enthält allein 1173,8 Millionen Fr. für zu tilgende Aufwendungen. Es sind an dieser Summe beteiligt: die Kriegsmobilmachungskosten mit 532 Millionen Fr., ungedeckte Rückschläge der Staatsrechnung bis 1920 mit 269,7 Millionen Fr., Betriebsverluste der Ein- und Verkaufsorganisationen mit 220,7 Millionen Fr., der Kosten für Verbilligung der Lebenshaltung mit 55 Millionen Fr. (nach Verrechnung mit den Nettogebühreneinnahmen für Ein- und Ausfuhrbewilligungen), Bewachungstruppen und Truppenaufgebote für den Landesstreik mit 74,7 Millionen Fr., Anleihensemissionskosten 22,2 Millionen Fr.

Der Totalbetrag der Staatsanleihen macht 1,605,856,000 Franken aus, während die Summe der schwebenden Schulden sich auf 311,633,830 Fr. beläuft. Die Rückstellungen vermindern den Posten für zu tilgende Aufwendungen nur um 39,4 Millionen Fr., sodaß das bilanzmäßige Defizit pro 1920 1,134,389,635 Fr. beträgt, gegenüber 913,891,989 Franken im Vorjahr 1919.

Die Bundesbahnen verzeichnen pro 1920 an Betriebseinnahmen 394,030,775 Fr., an Betriebsausgaben (ohne die Kosten zulasten der Spezialfonds) 345,988,359 Fr., das ergibt einen Ueberschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben von 48 Millionen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt für Ende 1920 einen Passivsaldo von 92,737,762 Fr. Derselbe betrug Ende 1919 159 Millionen, sodaß die Vermehrung der Passiven gegenüber dem Vorjahr 32 Millionen oder 20,1 % beträgt. Aus der Bilanz pro 31. Dez. 1920 geht hervor, daß der Betrag der festen Anleihen sich auf 1,790,142,387 Fr. beläuft. Dazu kommen noch die schwebenden Schulden im Werte von 352,072,189 Fr. Also machen diese beiden Passivposten zusammen 2,14 Milliarden Franken aus gegenüber 1,96 Milliarden im Vorjahr. Für die Deckung der hohen Ausgaben wird die Beschaffung von entsprechenden Einnahmen immer schwieriger.